Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/919

08. 10. 87

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Wetzel, Sellin und der Fraktion DIE GRÜNEN

zur Großen Anfrage des Abgeordneten Wetzel und der Fraktion DIE GRÜNEN — Drucksachen 11/515 (neu), 11/797 —

Zivile und militärische Ziele bundesdeutscher Weltraumpolitik

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

— Obwohl die Bundesregierung und ihre Vorgängerinnen seit 1962 15 Mrd. DM staatlicher Haushaltsmittel für Raumfahrtaktivitäten und Weltraumforschung ausgegegeben haben, existiert bis heute kein schlüssiges Gesamtkonzept für diesen Forschungsbereich. Vielmehr hat das Bundesministerium für Forschung und Technologie die konzeptionelle Programmarbeit an die potentiellen Betreiber des Raumfahrtprogramms delegiert, die alle Anstrengungen unternehmen, der Öffentlichkeit die Weiterverfolgung der Projekte HERMES, COLUMBUS und ARIANE 5 als sachlich zwingend notwendig darzustellen. Durch dieses Vorgehen ist die politische Entscheidungsfindung über die zukünftige Weltraumpolitik weitgehend entdemokratisiert und einer eingehenden öffentlichen Debatte entzogen worden.

— Die bisherigen Kostenschätzungen wurden von den potentiellen Betreibern erstellt. Der Deutsche Bundestag weist dieses Vorgehen als unseriös zurück. Unabhängige Wissenschaftler kommen alleine für die bemannte Weltraumfahrt zu Kostenerwartungen von 3 bis 9 Mrd. DM pro Jahr. Für die US-Raumstation wurden Kostensteigerungen von 8 auf 32 Mrd. $ (1984 bis 1987) errechnet. Erst vor wenigen Monaten hat die europäische Weltraumagentur ESA ihre Kostenschätzungen um über 40 % nach oben korrigieren müssen. Die Gefahr, daß weitere Subventionsruinen wie der Schnelle Brüter zu erheblichen haushaltspolitischen Engpässen führen, ist regelrecht vorprogrammiert.

— Die Bundesregierung hat bisher nicht ernstlich zu erkennen gegeben, daß sie auf eine ausschließlich zivile Nutzung der Weltraumfahrt dringt, obwohl – wie im Falle der Orbitalstation COLUMBUS – eindeutige Stellungnahmen der US-Regierung vorliegen, die eine militärische Nutzung ausdrücklich miteinschließen. Dies gilt auch für die Auswahl bundesdeutscher Auftragnehmer wie die DFVLR, MBB und Dornier, die sowohl militärische Forschung betreiben als auch Projektnehmer des US-amerikanischen SDI-Programmes sind.

— Die Bundesregierung hat es bisher unterlassen, die vielfach aus der Industrie und der Wissenschaft vorgetragene These zu überprüfen, daß 95 % aller im Weltraum durchzuführenden Experimente auch durch automatische Systeme und Roboter verrichtet werden können, und daß angesichts der unabsehbaren finanzpolitischen Risiken und der Gefahren für die Astronauten auf die bemannte Weltraumfahrt verzichtet werden sollte.

— Die Bundesregierung hat es bisher unterlassen, eine systematische und umfassende Abschätzung und Bewertung der Folgen ihrer Beteiligung am ESA-Programm durchzuführen und sich mögliche alternative Handlungsoptionen erarbeiten zu lassen. Dies gilt insbesondere auch für die Folgen für die übrigen Forschungsbereiche, die von den notwendigen Umschichtungen zugunsten der Weltraumfahrt betroffen wären.

— Die Bundesregierung hat in ihrer Antwort auf die Große Anfrage deutlich gemacht, daß die im Vergleich zur Höhe der Ausgaben für die Weltraumfahrt (bisher 15 Mrd. DM) geringen Arbeitsplatzeffekte (von 2 783 im Jahre 1973 auf 5 758 in 1986) kein Argument sein können, die genannten Projekte unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsmarktpolitik weiterzuführen. Dies zumal, da nachgewiesenermaßen mit sehr viel geringeren Mitteln etwa im Bereich der zukunftsorientierten Umweltsanierung weitaus mehr Arbeitsplätze geschaffen werden können.

II. Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf,

1. einen sofortigen und definitiven Verzicht auf das HERMES-Programm, die ARIANE 5-Rakete und die Beteiligung an der US-Raumstation COLUMBUS zu erklären,

2. die für die Weltraumforschung im Haushalt vorgesehenen Mittel umzuwidmen und die Titel zur Erforschung und Erhaltung der Umwelt und der Gesundheit, zur Technikfolgenbewertung, zur Friedens- und Konfliktforschung, zur Aufklärung über die sozialen Folgen der technischen Entwicklung, zur Erforschung und Erschließung der regenerativen Energiequellen, zur Sanierung der Altlasten um diese Mittel zu erhöhen sowie einen neuen Titel „Entgiftung der industriellen Produktion" einzurichten,

3. die Mittel zur Weiterentwicklung der ARIANE 4-Rakete davon auszunehmen unter der Maßgabe, daß die beteiligten Industrieunternehmen ihr finanzielles Engagement erheblich verstärken, und daß durch internationale Verträge sichergestellt wird, daß auch Länder der Dritten Welt Zugang zu den Nutzungspotentialen erhalten,

4. ein schlüssiges Gesamtkonzept für die zukünftige Weltraumpolitik vorzulegen, das auf seriösen Kostenschätzungen unabhängiger Experten basiert,

5. eine Folgenabschätzung und Bewertung dieser Gesamtkonzeption durchführen zu lassen und eine öffentliche Debatte über die Fragen der gesellschaftlichen Nützlichkeit und sozialen Verträglichkeit zu initiieren,

6. Anstrengungen zu unternehmen zur Vereinbarung internationaler Vertragswerke über ein Verbot der militärischen Nutzung des Weltraums.

Bonn, den 8. Oktober 1987

Wetzel
Sellin
Ebermann, Frau Rust, Frau Schoppe und Fraktion

Begründung

Angesichts der wuchernden Kostenabschätzungen, der weltraumpolitischen Konzeptionslosigkeit, der vorhersehbaren militärischen Nutzungswahrscheinlichkeit und der erheblichen haushaltspolitischen Risiken, die die Förderung von ARIANE 5, HERMES und die Beteiligung an COLUMBUS für wichtige, überlebensnotwendige Forschungsbereiche haben würde, ist das Parlament aufgefordert, die Notbremse zu ziehen. Die Gefahr ist zu groß, daß das europäische Weltraumabenteuer weitaus mehr Kosten verursachen wird als jene 30 Mrd. DM, die die Bundesregierung nach einer Aussage ihres Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Riedl bereit ist, in den nächsten Jahren auszugeben. Es gibt auf der Erde zu viele ungelöste, für die menschliche Weiterexistenz entscheidende Fragestellungen, als daß wichtige und notwendige Ressourcen in den Weltraum geschossen werden dürfen.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333